



BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

BMJ-S751.002/0001-IV 2/2011

---

Museumstraße 7  
1070 WienTel.: +43 1 52152 2218  
E-Mail: team.s@bmj.gv.atSachbearbeiter/in:  
Dr. Irene Gartner

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-JZG), das Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz (ARHG) und das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten geändert werden (EU-JZG-ÄndG 2011);  
Versendung zur Begutachtung

Das Bundesministerium für Justiz übermittelt den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-JZG), das Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz (ARHG) und das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten geändert werden (EU-JZG-ÄndG 2011), samt Erläuterungen und ersucht um allfällige Stellungnahme bis spätestens

**31. Oktober 2011**

an die E-Mail-Adresse [team.s@bmj.gv.at](mailto:team.s@bmj.gv.at).

Im Hinblick auf den parlamentarischen Zeitplan wird um Verständnis ersucht, dass nach diesem Zeitpunkt einlangende Stellungnahmen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Weiters wird ersucht, die Stellungnahme im Wege elektronischer Post ([begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)) dem Präsidium des Nationalrats zu übermitteln.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Wien, 26. September 2011  
Für die Bundesministerin:  
Dr. Fritz Zeder

Elektronisch gefertigt

Beilagen

